

Antrag BA-1

Juso-Landesvorstand

Bildungsfortschritt kommt nur mit einem sozialdemokratischen Bildungsministerium

- 1 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an den Landesparteitag der SPD Sachsen
2 weiterleiten:
- 3 Wer Chancengerechtigkeit umsetzen möchte, der muss Verantwortung für Bildung übernehmen. Daher fordern die
4 Jusos Sachsen die SPD Sachsen dazu auf, sich bei einer künftigen Regierungsbeteiligung für ein umfassendes Bildungs-
5 ressort einzusetzen und in diesem zugleich die Verantwortung zu übernehmen.
- 6 Ein Bildungsressort soll sich der Bildung aller Altersstufen widmen und einen besonderen Fokus auf die Jugend legen.
7 Um die Themen der Zukunft gestalten zu können, müssen insbesondere die Barrieren an den Schnittstellen abgebaut
8 werden. Daher gehören die Verantwortung für frühkindliche, schulische, akademische und berufliche Bildung sowie
9 für das lebenslange Lernen und die Jugendhilfe unter ein Dach.
- 10 Bereits in dieser Legislatur hat die SPD Sachsen gezeigt, dass sie die Bildungslandschaft nachhaltig gestaltet. Mit dem
11 neuen Schulgesetz, dem Lehrermaßnahmenpaket 2016, dem Handlungsprogramm "Nachhaltige Sicherung der Bil-
12 dungsqualität", dem Landesprogramm "Schulsozialarbeit", aber auch der "Hochschulentwicklungsplanung 2025" hat
13 sie Einfluss auf wesentliche Eckpfeiler genommen. Die maßgeblichen Reformen wurden von der Sozialdemokratie vor-
14 angetrieben und wären ohne uns nicht umgesetzt worden. Darauf gilt es in den kommenden fünf Jahr aufzubauen. Wir
15 müssen den Bildungsbereich zukunftsfähig ausgestalten. Dafür müssen die bestehenden Grenzen zwischen Ressorts
16 überbrückt werden. Sozialdemokratische Politik in Sachsen wird in einem neu zugeschnittenen Bildungsressort unter
17 anderem folgende Vorhaben realisieren können:
- 18 • Masterplan frühkindliche Bildung sowie eine Novelle des Sächsischen Kita-Gesetzes
 - 19 • die Reform des Erzieher*in-Berufes sowie die Absicherung der erforderlichen Kapazitäten in der beruflichen und
20 akademischen Ausbildung
 - 21 • die Realisierung des Ganztagsanspruchs im Grundschulalter, mit einer engeren Verzahnung von Horten und
22 Grundschulen hin zur teilgebundenen Ganztagschule
 - 23 • die Umsetzung des neuen Schulgesetzes, d.h. Dialog sowie Unterstützung und Begleitung bei der Wahrnehmung
24 der eigenverantwortlichen Schule vor Ort, der Ausgestaltung des neuen Erziehungs- und Bildungsauftrages, dem
25 Lernen in einer digitalen Welt, dem jahrgangsübergreifenden Unterricht, einer demokratischen Schulkultur uvm.
 - 26 • die Verringerung der Schulabbruchquote unter Einbeziehung der Jugendhilfe sowie der Ausbau von Schulsozial-
27 arbeit inkl. der Verzahnung von Schule und Jugendhilfe
 - 28 • Überarbeitung der Lehrpläne unter Einberufung von Lehrplankommissionen mit Vertreter*innen aus Praxis, Wis-
29 senschaft und Schulverwaltung
 - 30 • eine Debatte zur "Schule 2030", um weitere Reformschritte gemeinsam zu erörtern und Bedarfe ableiten zu kön-
31 nen. Hierbei gilt es auch das Verhältnis der getrennten Schulträgerschaft auf den Prüfstand zu stellen und zu
32 aktualisieren
 - 33 • eine aktualisierte Lehrerbedarfsprognose, welche weitere Entlastungen für Lehrer*innen bspw. eine Klassenlei-
34 terstunde enthält, und daraus abgeleitet eine verlässliche Kapazitäts- und Ressourcenplanung für die Lehrer*in-
35 nenbildung an den Hochschulen ermöglicht
 - 36 • die Etablierung eines Bewerber*innen-orientierten Einstellungsverfahrens für Lehrkräfte mit schulscharfen Aus-
37 schreibungen
 - 38 • die Weiterentwicklung der Lehramtsprüfungsordnungen zu einem Lehrer*innenbildungsgesetz entlang der in-
39 haltlichen Neuausrichtung der Lehrpläne
 - 40 • die Absicherung der Mobilität während der Schulzeit, der Ausbildung oder des Studiums
 - 41 • die Aufstellung eines Schulnetzes für die berufliche Bildung

- 42 • die Absicherung und Erweiterung des Schulnetzes für allgemeinbildende Schulen unter Einbezug von optional
43 einzuführenden Gemeinschaftsschulen
- 44 • die Mitwirkung an der Umsetzung des Pflegeberufsgesetzes sowie die Absicherung der erforderlichen Kapazitä-
45 ten in der beruflichen und akademischen Ausbildung
- 46 • die Umsetzung des Masterplans "Medizin 2020" sowie eine Aktualisierung der Gesetze für die Hochschulmedizin
- 47 • die Novellierung des Sächsischen Hochschulgesetzes
- 48 • die Hebung der Grundfinanzierung der Hochschulen unter Einbezug der neuen Bund-Länder-Pakte im Wissen-
49 schaftsbereich
- 50 • die Fortentwicklung der Berufsakademie Sachsen
- 51 • die Fortschreibung der "Weiterbildungsstrategie Sachsen" sowie die Novelle des Weiterbildungsgesetzes und die
52 Einführung eines Bildungsfreistellungsgesetzes
- 53 • die Erarbeitung einer sächsischen Strategie "BILDUNGdigital", welche sich in die "SACHSEndigital" einpasst sowie
54 an der KMK-Strategie "Bildung in einer digitalen Welt" orientiert
- 55 • die kontinuierliche Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in allen Bildungsbereichen
- 56 • die Realisierung einer eigenständigen Jugendpolitik

57 Bei allen diesen Vorhaben - welche hier nicht abschließend genannt werden können - setzt ein sozialdemokratisch
58 geführtes Bildungsministerium auf den Dialog mit den Sozialpartner*innen, Gewerkschaften, Verbänden und Perso-
59 nalvertretungen, die frühzeitig in die Prozesse einbezogen werden, da man nur gemeinsam zu den besten Lösungen
60 gelangen kann.

61 **Begründung**

62 Nach über 25 Jahren mit einem CDU-geführten Bildungsministerium wird deutlich, dass ein "Weiter so" nicht die richti-
63 ge Antwort auf die bildungspolitischen Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts ist. Aus diesem Grund müssen
64 die eingeschliffenen Strukturen durch eine Änderung der Organisationsstruktur aufgebrochen und mit einer Neuord-
65 nung eine interdisziplinäre Arbeit und Vernetzung ermöglicht werden. Im Bildungsministerium soll eine Haltung von
66 Kooperation und Ermöglichung einziehen. Der Bildungssektor muss gestaltet, und nicht nur verwaltet werden. Das
67 geht nur ohne die Union, die keinerlei Reformwillen zeigt.

68 Das derzeitige Kultusministerium und seine nachgeordneten Behörden dokumentieren eindrücklich, wie schleppend
69 Programme umgesetzt werden bzw. wie gut intendierte Maßnahmen des Gesetzgebers durch passives Verwaltungs-
70 handeln zu Frust vor Ort führen. Beispiele hierfür sind die Umsetzung des Lehrermaßnahmenpaketes 2016 oder der
71 Dialog zum Schulgesetz. Ein weiterer Problembereich, der oft an den Barrieren von zwei Ressorts scheitert, ist die Leh-
72 rerbildung - sowohl in Hinblick auf die inhaltliche Ausgestaltung, als auch auf die Kapazitäten und künftigen Bedarfe.

73 Mit Blick auf einen anstehenden Wandel und Prozesse, die vom Bund initiiert werden, wird man die Bildungspolitik
74 zukünftig interdisziplinär denken müssen. Dies war auch ein Ergebnis unseres Verbandswochenendes zum Thema Bil-
75 dung. In diesem Bereich müssen die Kinder, Jugendlichen und die Lernenden im Fokus stehen. Hier gilt es, verschiede-
76 ne Gesetzgebungen bestmöglich zu nutzen und in der Ausführung stärker miteinander zu verzahnen. Dies wird in den
77 kommenden zehn Jahren beim Ausbau der Ganztagschulen, der Schulsozialarbeit, aber auch in der Weiterbildung und
78 Qualifizierung von zunehmender Bedeutung sein. Durch Bündelung des vorhandenen Know-Hows aus den verschiede-
79 nen Ressorts in einem neu zugeschnittenen Bildungsministerium, kann es hierdurch zu einem besseren Hand-in-Hand-
80 Arbeiten kommen. So werden Barrieren auf Seiten der Fach- und Rechtsaufsicht abgebaut und können neue Impulse
81 gesetzt werden.